

Was ist Heimat?

Fortsetzung von Seite 1

grafischen Besonderheiten, mit einem nostalgischen Blick zurück „in die gute alte Zeit“, die gar nicht näher beschrieben werden muss. Ist die Heimat also das Eigene und steht sie womöglich auch noch im Gegensatz zum Fremden? Erst mit dem Blick von außen, mit dem Aufkommen des Tourismus, mit der zunehmenden Mobilität von Menschen, hat man in Zeiten der Industrialisierung damit begonnen, eben das hervorzukehren und zu betonen, was als typisch erscheinen kann. Das heißt, dass historisch eine Situation eingetreten ist, in der man – im Austausch mit anderen – begonnen hat, das Gewohnte, Vertraute, die Heimat aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Das gegenwärtig allseits beliebte Dirndl etwa ist genau in dieser Zeit entstanden: Die Damen aus der Stadt fuhren in die Sommerfrische und wollten sich während ihres Aufenthalts am Land so kleiden, wie es ihrer Stimmung entsprach. Daraus entwickelte sich ein Sommerkleid, das sehr wohl historische Formen aufgreift und gleichzeitig übersetzt. Irgendwann wurde das Dirndl auch bei den Damen vom Land beliebt. Und seit den 2000er-Jahren erlebt es eine nie zuvor da gewesene Konjunktur. Idyllen konnten und können zugleich über Not und Elend hinwegtrösten. Ohne die Verknüpfung mit Folklore ist „Heimat“ heute fast nicht zu denken. Aber weder die Bilder noch die damit verbundenen Vorstellungen sind eindeutig, und daher kann sich auch niemand anmaßen, darüber zu bestimmen, wie Heimat auszusehen hat. Heimat ist ein offenes Konzept.

Heimat verändert sich

Die Rede von der Heimat hat viel mit der Geschichte einer Region zu tun, „Heimat“ ist im Deutschen gewiss auch ein besonders schönes Wort. Bei allen Sprachen und Dialekten, die es auf der Welt gibt, wäre es aber vermessen anzunehmen, dass es „Heimat“ und das damit verbundene Empfinden nur in Österreich und in Deutschland und womöglich noch in der Schweiz gibt. Heimat lässt sich nicht in einem nationalen Rahmen fassen. Genauso

wie Grenzen dem Gefühl von Verbundenheit nichts anhaben können. Die Suche nach Heimat beschäftigt alle Menschen gleichermaßen. „The ache for home lives in all of us, the safe place where we can go as we are and not be questioned“, schreibt die US-amerikanische Schriftstellerin und Bürgerrechtlerin Maya Angelou in ihrer Autobiografie. Und doch ist auch das, wozu wir uns zugehörig fühlen, stets in Bewegung. Mitunter verliert man sich aus den Augen, es werden andere Bekanntschaften gemacht, man verändert sich beruflich, zieht um, übersiedelt, privat kommt eine Familie hinzu. Es gibt – zumeist – eine Heimat der Kindheit, und es gibt sich verändernde Heimaten. So vertraut wie der Ort des Aufwachsens in Zeiten des Friedens ist bestenfalls kein anderer Zusammenhang. Auch die deutsche Kulturwissenschaftlerin Ina-Maria Greverus stellt heraus, dass Zugehörigkeit wesentlich auf Sicherheit beruht, einem Verständnis, das man für sich und andere empfindet und eben nicht hinterfragen muss. Heimat, verstanden als Ort der Freiheit, kann und muss also auch ein politisches Ziel sein.

Heimat unter Verdacht

Und trotzdem, wenn ich heute im deutschsprachigen Raum über „Heimat“ schreibe, stehe ich gewissermaßen unter Generalverdacht. Wie kann ich so ein reaktionäres Wort verwenden? Und damit noch bestätigen? Die Kritik kommt von allen Seiten. Heimat muss doch mit konservativen Vorstellungen verbunden sein. Heimat, damit ist doch nur der Trachtenanzug gemeint.

Heimat, was soll das überhaupt mit dem 21. Jahrhundert zu tun haben? Auf den Heimathype der vergangenen Jahre folgt eine gewisse Ernüchterung, hat Heimat etwa nicht nur mit Bildern, mit röhrenden Hirschen und Lebkuchenherzen zu tun? Selbstverständlich muss ich mir darüber bewusst sein, dass mit Heimatbildern, ja auch mit Tracht und Landschaft, Ideologie vermittelt worden ist. Aber Orte, an denen es sich gut und sicher, ja mit allen Frei-

heiten leben lässt, plötzlich als Provinz verschreien? Ist das, womit man sich verbunden fühlt, nicht etwas, das man selbst schaffen muss? Und doch, wäre es nicht zutiefst inhuman, sich nicht mehr mit Zugehörigkeit, Verortung und Sehnsucht zu befassen?

Kampfzone der Politik

Jede und jeder kann sich fragen, was es heißt, irgendwo heimisch zu sein oder zu werden. Heimat ist schließlich etwas, das sich verändern können muss. Mit der Verknüpfung von „Heimat“, „Nation“, „Volk“ und „Vaterland“ lässt sich Stimmung erzeugen. „Heimat“ als politisches Instrument ist dann in der Regel etwas, das sich nicht wandelt, immer schon da gewesen ist. „Heimat“ steht so auf einmal für „Kultur“ und hat „Grenzen“. „Sicherheit“ wird zum Kampfbegriff, wenn es um Zugehörigkeit geht. Mit dieser Idee von Verortung wird heute noch und immer wieder Politik gemacht. Vielleicht auch, weil in Sachen Heimat selten jemand dagegenhält, die Heimat verteidigt vor ihrer Verteidigung.

Wer flüchtet, sucht Heimat

Flucht aber lässt sich immer auch als Suche nach Heimat verstehen. Unmittelbar einleuchtend ist, dass niemand freiwillig seine Heimat verlässt. Heimat muss geschützt werden. Heimat ist ein kostbares Gut. Wer so spricht, muss in der Konsequenz auch weiterdenken, was es bedeutet, etwas so Elementares zu verlieren. „Heimat“ ist Gegenstand von ganz unterschiedlichen Debatten. In den Kulturwissenschaften, die sich mit den alltäglichen Lebenswelten von Menschen befassen, war die Rede von der Heimat oft Anstoß, um über gesellschaftspolitische Fragen der Zeit nachzudenken. Texte zum Thema „Heimat“ galten als innovativ, kritisch und von Offenheit geprägt. Über Heimat zu reden und zu schreiben, heißt in diesem Sinne immer, den Puls der Zeit zu messen.

Dr.ⁱⁿ Simone Egger,
Institut für Kulturanalyse
Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Europa: In Vielfalt geeint

Von der EU profitieren Ost und West

„Ost gegen West“ steht in erster Linie für die Spannungen zwischen kommunistischen und demokratischen Ordnungen zu Zeiten des Kalten Krieges. Heute ist die Europäische Union zum Sinnbild für Frieden und die erfolgreiche Überwindung der jahrelangen politischen Gräben zwischen Ost und West geworden – und die schrittweise Heranführung und Integration osteuropäischer Staaten in die Unionsfamilie zu einem Herzstück der Vereinigung Europas. Vor zwölf Jahren sind mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn die ersten acht osteuropäischen Länder der Union beigetreten. Drei Jahre später folgten Bulgarien und Rumänien, 2013 Kroatien.

Sowohl die neuen als auch die alten Mitgliedsstaaten haben enorm von diesen Entwicklungen profitiert. Der gestärkte Binnenmarkt hat zu erheblichen Export- und Investitionsmöglichkeiten geführt, Arbeitsplätze geschaffen und den Lebensstandard gesteigert. Der Handel zwischen den neuen und alten Mitgliedsländern hat sich von 1999 bis 2007 auf rund 500 Mrd. Euro verdreifacht. Und die acht Länder der ersten Beitrittswelle konnten von 1993 bis 2012 ihre Wirtschaftsleistung um 50 % erhöhen. Gleichzeitig hat die Osterweiterung für mehr Demokratie, Stabilität und Sicherheit gesorgt und unsere Europäische Union in der Welt größer, stärker, dynamischer und kulturell vielfältiger gemacht.

Spannungen zwischen Ost und West

Diese Bilanz zeigt, wie wichtig es ist, dass wir unsere Einigkeit in Europa bewahren und weiter ausbauen. Und dass Europa mehr ist als die Summe seiner Einzelteile. Leider manifestiert sich „Ost gegen West“ innerhalb der Union zunehmend als Spannungsfeld, am deutlichsten sichtbar bei der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingsströme. Dabei spielt die sogenannte Visegrád-Gruppe, bestehend aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, eine bedeutende Rolle, und sie thematisiert seit Mitte

2015 verstärkt die europäische Flüchtlingspolitik. Sie stimmte dagegen, als die EU-Mitgliedsstaaten im September 2015 eine Notfallmaßnahme über die solidarische Verteilung von insgesamt 160.000 Flüchtlingen beschlossen. Drei Monate später klagten die Slowakei und Ungarn gegen die Beschlussfassung beim Europäischen Gerichtshof. Obgleich dieses Verfahren noch anhängig ist, instrumentalisierte Victor Orbán sein (ungültiges) Referendum des 2. Oktober 2016 über die Flüchtlingsverteilung, um eine Verfassungsänderung zu begründen, welche die Teilnahme Ungarns an verbindlichen europäischen Flüchtlingsquoten verhindern soll.

Nationalismus schwächt die EU

Begleitet von der bewussten Stimmungsmache gegen die Europäische Union schwächen nationalistische Vorgehensweisen wie diese unsere Gemeinschaft und sind in Wahrheit Angriffe auf die europäische Demokratie und unseren Wert der Solidarität.

Zäune zu bauen, schafft keine Arbeitsplätze in Afrika und beendet den Krieg in Syrien nicht. Ursachenbekämpfung, einheitliche Regeln für legale Migration und der Schutz der EU-Außengrenzen gehören zusammen.

Der Heilige Vater hat es treffend formuliert: „Sie wissen, wie Mauern enden: Alle Mauern fallen. Heute, morgen oder in hundert Jahren. Aber sie fallen. Eine Mauer ist keine Lösung.“

Der wachsende Nationalismus, Egoismus und Populismus sind aber keine allein osteuropäischen Phänomene. Das Spielen mit den Sorgen und Ängsten der Menschen zieht sich quer durch die EU-Mitgliedsländer. Die Unaufrichtigkeit im Umgang mit Europa, die Politik der Schuldzuweisungen und die Nationalisierung der EU-Politik haben letztendlich auch das Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich heraufbeschworen, das eine „Lose-lose-Situation“ darstellt – sowohl für das Vereinigte Königreich als auch für die EU.

In Europa zusammenstehen

Wir sind in der Europäischen Union alle Teil einer gemeinsamen Rechts- und Wertegemeinschaft und dürfen nicht bei deren Verletzungen mit zweierlei Maß messen. Ausnahmslos alle EU-Mitgliedsstaaten müssen auf Europakurs bleiben. Dabei darf es keine Vorverurteilungen geben – weder bei der Kontroverse um die Medienfreiheit und Unabhängigkeit der Justiz in Polen noch bei den Verfassungsänderungen in Ungarn. Eine Rechtsverletzung kann man nicht dadurch heilen, indem man eine andere Rechtsverletzung zulässt. Die Europäische Kommission muss als Hüterin der Verträge die Anschuldigungen unparteiisch überprüfen.

Statt Verboten brauchen wir Gebote und die damit verbundenen Bewusstseinsbildungen im Rahmen unseres Rechts- und Wertekanons. Der deutsche Politologe und Publizist Warnfried Dettling bringt es auf den Punkt: „Werte werden nicht schon dadurch widerlegt, dass Menschen ihnen nicht entsprechen, ganz im Gegenteil: Sie erhalten ihre Bedeutung und erweisen ihre Stärke als soziale Normen gerade auch dann, wenn sie verletzt werden, weil sie es überhaupt erst möglich machen, konkretes Handeln und konkrete Zustände zu kritisieren und zu verändern.“ Wir müssen die grundlegenden Werte der EU außer Streit stellen, denn diese bilden die Basis für unsere Handlungsfähigkeit und eine verantwortungsvolle und glaubwürdige Politik, die den Stimmungen nicht einfach hinterherläuft.

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Herausforderungen der Zukunft und die Probleme der Menschen nur durch mehr Bereitschaft zu Zusammenarbeit, durch mehr Rücksichtnahme aufeinander und durch gemeinsame Antworten bewältigen können. Kompromissbereitschaft zu zeigen und das Verbindende vor das Trennende zu stellen – davon lebt unsere Europäische Union. Sowohl im Osten als auch im Westen.

Mag. Othmar Karas,
Delegationsleiter der ÖVP im Europäischen Parlament

Der ländliche Raum – Krise oder Chance

Geschäfte und Betriebe schließen

Dass der ländliche Raum an Vitalität verliert, ist unübersehbar, wenn man durch die Dörfer fährt, denn viele Einrichtungen sind aus den Ortschaften verschwunden: Bäcker, Fleischhauer, Friseur, Drogisten, Handwerker, Sparkassa, Postamt und noch vieles andere; was früher wie selbstverständlich da war, gibt es nicht mehr. Auch außerhalb der Ortschaften scheint vieles auf dem Rückzug zu sein: Alte Betriebsareale liegen brach, Hotels und Freizeitanlagen stehen leer und die Schienen ehemaliger Nebenbahnen rosten, seit der Verkehr darauf eingestellt wurde. Was ist da los?

Zunächst fällt auf, dass vor allem die kleinen Strukturen verschwinden, am auffälligsten im Einzelhandel. Dieser Strukturwandel ist das Ergebnis eines heftigen Preiskampfes, bei dem – abgesehen von Nischenprodukten – nur die Stärksten überleben. Im Bereich der Nahversorgung liegt die Verdienstspanne zwischen ein und drei Prozent; um den nötigen Gewinn zu erzielen, sind daher große Verkaufsmengen nötig, die in kleinen Ortschaften mit kleinen Geschäften einfach nicht mehr zu erreichen sind.

Ähnliches gilt auch für Produktionsbetriebe: Große Produktionsmengen ermöglichen niedrigere Verkaufspreise. Und wenn das nicht mehr ausreicht, wird die Produktion dorthin verlagert, wo die Produktionsbedingungen günstiger sind (etwa durch billigere Arbeitskräfte und niedrigere Umweltstandards); die Transportkosten fallen kaum ins Gewicht.

Mindestumsatz für die Versorgung

Dieser Strukturwandel bei Produktion und Handel hat eine internationale Dimension und trifft städtische und ländliche Gebiete gleichermaßen; im ländlichen Raum sind die Auswirkungen aber dramatischer: Wenn in kleinen Ortschaften nicht genügend Kaufkraft da ist, um den Mindestumsatz zu erreichen, dann fehlt die Versorgung gänzlich, während es in der Stadt nur zu Verlagerungen innerhalb der Stadt kommt.

Was im Bereich von Produktion und Handel noch einigermaßen nachvollziehbar ist (und immerhin dazu geführt hat, dass die Konsumprodukte im Vergleich zum durchschnittlichen Einkommen so billig wie noch nie geworden sind), wird meiner Meinung nach problematisch, wenn es auf den Bereich der öffentlichen Einrichtungen übertragen wird, was laufend geschieht: Schulen, Gesundheitseinrichtungen, ja sogar Gemeinden werden zusammengelegt, um größere Rentabilität zu erreichen. Rentabilität um jeden Preis wird aber zu einer fragwürdigen Beurteilungsgröße, wenn es um Aufgaben wie Bildung, Sicherheit oder Gesundheit geht.

Abwanderung in die Städte

Unabhängig davon bedroht eine andere Gefahr den ländlichen Raum, nämlich Bevölkerungsverlust durch Abwanderung. Die Gefahr ist nicht neu: Schon im Mittelalter sind mitunter ganze Ortschaften aufgegeben worden, wenn die Existenzvoraussetzungen verloren gegangen sind. Auch der nun zu beobachtende Bevölkerungsschwund ist nicht neu, sondern geht auf eine schleichende Entwicklung zurück, die ihren Anfang vor ca. 200 Jahren nahm: Mit der damals aufkommenden Industrialisierung verlagerte sich der Schwerpunkt der Wirtschaftskraft in die Städte, welche im 19. Jh. einen gewaltigen Bevölkerungsanstieg erlebten. Während die Städte Industrie und Gewerbe an sich zogen, verblieb dem ländlichen Raum die agrarische Funktion. Die damals noch kaum technisierte Landwirtschaft bot dem Großteil der Bevölkerung eine Grundlage für Beschäftigung und Existenz. Heute aber werden nur mehr wenige Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft benötigt. Die große Frage ist daher, welche Beschäftigung alle anderen finden können. Gleichzeitig lockt der städtische Raum mit einem höheren Lohnniveau und vielfältigeren Angeboten für Arbeit, Bildung, Versorgung und Gesundheit.

Abwanderung wird dann problematisch, wenn Schwellenwerte unter-

schritten werden: Ob Schule, Kindergarten, Nahversorger, öffentliche Verkehrsmittel und dergleichen, alle diese Einrichtungen benötigen eine Mindestanzahl an NutzerInnen. Fehlen diese, drohen Schließungen. Damit werden die Lebensbedingungen verschlechtert, was Leute, die eigentlich bleiben wollten, dann auch zur Abwanderung motiviert.

Wichtiges muss gut erreichbar sein

Die Erfahrung hat gezeigt, dass für die Entscheidung, den Wohnstandort beizubehalten oder abzuwandern, vor allem ein adäquater Arbeitsplatz, eine Grundversorgung sowie ein Angebot für Schule und Kinderbetreuung den Ausschlag geben. Diese müssen nicht gleich um die Ecke, aber doch mit zumutbarem Aufwand erreichbar sein. Dabei geht es weniger um die Entfernung als um den Zeitaufwand. Mit dem qualitativen Ausbau der Verkehrseinrichtungen lässt sich damit die Entfernung (etwa um den Arbeitsplatz in einer Stunde zu erreichen) erheblich vergrößern. Man wird auch in Zukunft nicht erwarten können, dass jede Ortschaft ihren BewohnerInnen ein vollständiges Angebot an Einrichtungen bieten kann, aber man kann versuchen, regionale Schwerpunkte zu bilden und die Erreichbarkeiten zu verbessern. Diese Strategie hat in den letzten Jahrzehnten deutliche Erfolge gebracht.

Qualitäten des Landlebens

Wenn bisher immer von Problemen die Rede war, soll nicht übersehen werden, dass der ländliche Raum aber auch reich an Vorzügen ist, welche die begehrten städtischen Regionen nicht oder nicht mehr bieten können. Es gibt im Menschen offensichtlich eine genauso große Sehnsucht nach unmittelbarer Erlebbarkeit von Natur und Landschaft im Zyklus der Jahreszeiten wie auch nach überschaubaren Strukturen im Siedlungsraum und in der Gesellschaft.

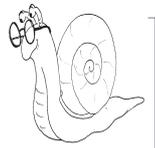
Diese Überschaubarkeit vermittelt Geborgenheit, vertieft soziale Kontakte, fordert zu eigener Initiative heraus und bietet damit die Chance

eines Lebensglücks, welches nicht unbedingt den Idealen der Konsumgesellschaft folgen muss. Anders wäre es nicht zu erklären, dass trotz eines starken Trends zum Wohnen in der Stadt eine nach wie vor ungebremste „Flucht aus der Stadt“ in das Umland zu beobachten ist. Das hat zuletzt zu einem enormen Preisanstieg bei den Grundstücken im städtischen Umland geführt. Damit öffnet sich aber für die peripheren und weniger begehrten ländlichen Gebiete eine neue Chance: Es sind die letzten Regionen, in denen man noch wirklich preisgünstig Grund-

stücke und Immobilien erwerben kann. Das Manko einstiger totaler Abgeschlossenheit relativiert sich laufend durch Internet, Zustelldienste und durch eine motorisierte Gesellschaft. Die Zukunft des ländlichen Raums ist meiner Meinung nach besser als allgemein angenommen. Was dieser Raum braucht, ist nicht nur öffentliche Förderung, sondern auch ein stärkeres Bewusstsein seiner BewohnerInnen über die Vorzüge ihres Lebensraums.

Dipl.Ing. Michael Maxian,
Raumplaner und Universitätslektor

Unsichere Tage



Heutzutage ist ja auf gar nichts mehr Verlass bis auf die Unsicherheit. Der Eindruck entsteht zumindest, wenn ich es ein bisschen übertrieben habe beim Medienkonsum. Auf allen Kanälen, auf allen Seiten schauen ältere, hellhäutige Herren grämlich Bedrohungen entgegen und kündigen Sicherheitsverschärfungen an. Schon klar, der depperte Terrorismus. Oft zitiere ich den weisen Max Goldt: „Kann man sich denn heute nicht mehr ohne Bomben ärgern?“ Angst habe ich für meinen Teil nicht. Das Einzige, was bei mir explodiert, sind meine Wirtshausausgaben (laufend), ein fallender Joghurtbecher (neulich) und ich selbst nach Kleinigkeiten (höchstens einmal im Monat). Apropos. Wir Frauen kennen dieses Bedürfnis nach Sicherheit, auch an den stärkeren Tagen. Dieses Angriffssein von ALLEM. Wenn die ansonsten so geliebten Menschen zu fest schauen, zu nah an uns vorbeigehen, zu sehr da sind oder zu weg. Diese Tage, an denen wir weinen wollen, wenn wir uns morgens von unseren armen Haustieren verabschieden.

Das Schöne an diesen gefühlsstarken Operettentagen: Sie gehen flugs wieder vorbei. Ist es für uns Damen nicht herrlich, wie uns diese hormonbedingten Stimmungseintrübungen zeigen, dass eine Laune keine objektive Wahrheit ist? Unsere aktuelle Befindlichkeit kein Schicksal? Vielen Männern scheint diese sympathische biologische Einladung, sich selbst nicht gar so wichtig zu nehmen, zu fehlen. Darum sind manche durchgehend grantig und ängstlich. Frauen müssen helfen, sonst wird die Welt nicht heil. Sagen wir den saudummen IS-Terroristen etwa, sie sollen sich nicht so aufbudeln. Putin, haben Sie's nicht eine Nummer kleiner? Fragen wir Erdogan, Hofer oder Orbán nach der nächsten politischen Doofheit, ob sie ihre Tage haben. So wird alles gut.

Ihre Weinbergschnecke

Prag: Sozial- und Begegnungsreise

Die jüngere Geschichte Prags bzw. Tschechiens, Kommunismus und dessen Überwindung, brachte unsere Reisegruppe Jiří Silný nahe. Wir besuchten die prachtvollen Gebäude aus den verschiedenen Glanzperioden der Stadt – Prager Burg, Rathaus, Karlsbrücke, die Plätze, vielfältige Kirchen, das Jüdische Viertel, Schloss Troja und vieles mehr. Ein Ausflug führte uns in die ehemalige Silberstadt Kuttenberg (UNESCO-Weltkulturerbe) mit der Kapelle, ausgestattet mit Gebeinen, und der imposanten Barbara-Kathedrale.

Prag als Lebens- und Wirtschaftsraum

Der Schweizer Hans Baechli führt seit Jahren ein mittelständisches Unternehmen in Prag und gab uns Einblick in seine Sicht der Situation der Firmen und ArbeitnehmerInnen. Weil viele Familien in Eigentumswohnungen leben, sind die Lebenshaltungskosten niedrig, und so kommt eine Doppelverdiener-Familie (die die Regel ist) mit durchschnittlich zwei mal 900 Euro Einkommen sehr gut aus. Die Einschätzung, dass in Prag selber Arbeitskräftemangel herrscht, teilte er mit dem Caritas-Direktor, den wir zuvor getroffen hatten. Die Schwerpunkte der Caritas-Arbeit liegen in der Altenbetreuung und der Auslandshilfe; wir besuchten auch ein Schutzhaus für Mutter und Kind. Wie und wovon Menschen am Rande der Gesellschaft leben, erzählte eine obdachlose Frau bei einer Tour

durch die Stadt. Wir sprachen mit dem ehemaligen Außenminister Tschechiens Karl Schwarzenberg über die Aufnahme von Flüchtlingen, die Bedeutung der EU und die Veränderungen, die er für ein Fortbestehen für notwendig hält, sowie die Einschätzung der Atomenergie.

Kirche in einem weitgehend atheistischen Land

Je nach Schätzung bekennen sich 20 bis 30 % der TschechInnen zu einer christlichen Kirche – insgesamt sind 5 % religiös praktizierend. Bei so kleinen Kirchengemeinden ist das Gemeinschaftsleben schwierig. Das Image der Kirche hat sich durch die demnächst bevorstehende Restituierung von Kircheneigentum verschlechtert. Obwohl teilweise desolate Gebäude zurückkommen, gilt die Kirche nun als reich – und muss sich darüber Gedanken machen, wie sie ihre Güter einsetzt, um damit die Priester besolden zu können, die momentan noch vom Staat bezahlt werden. Ein neues pastorales Projekt versucht unter der Leitung von Ignac Mucha, mit der Homepage *vira.cz* Menschen für religiöse Themen zu interessieren.

Reisen mit dem Reiseveranstalter „weltanschauen“ bedeutet auch immer bestes Essen, ökologisches Reisen (Bahn und Tram nebst Radausflug und Schiff) und freundliche Betreuung – wofür wir Christoph Mülleder herzlich danken.

Der Wert der Feiertage

Zeit zum Geldverdienen, Zeit zum Sorgen für Kinder und/oder Pflegebedürftige, Zeit für ehrenamtliches Engagement und dabei weder das Sorgen für sich selbst noch für die Partnerbeziehung vernachlässigen – das alles und noch mehr im Alltag zeitlich auf die Reihe zu bringen, erfordert oft ein Jonglieren von Zeitbedarfen, das viele Menschen überfordert. Wie das Verhältnis von Erwerbsarbeitszeit und Sorgearbeitszeit in unserer Gesellschaft geordnet ist, passt nicht zu den heutigen Lebensrealitäten; Neuordnung ist unabdingbar.

Ein großer Anspruch, der oft nicht gleich Folgewirkung zeigt. Da könnte doch zunächst helfen, sich auf Altbewährtes zu verlassen, wie etwa auf die gesetzlich festgelegten staatlichen und religiösen Feiertage und die arbeitsfreien Sonntage. Sie sind eingebettet in Arbeits- und Schulzeitstrukturen, sie sind in den Kalendern verzeichnet, also planbar, manche sind „fest“ und andere „beweglich“, sie sind Unterbrechungen des Wochenalltags. Sie ermöglichen Auszeit, Freizeit, gemeinsame Zeit, Zeit für und Zeit mit.

Das Wort „Feiertag“ allein erzeugt Bilder im Kopf, die förmlich nach gutem Essen riechen, nach einem Nachtsch, den man sich im Alltag sonst nicht gönnt, nach Zeitlosigkeit oder Terminen, auf die man sich freut, schon auch ein bisschen nach Stress am Vortag, denn, um den Feiertag begehen zu können, braucht es auch Vorbereitungen, Einkäufe, ev. Wohnungsputz, falls Besuch angesagt ist.

Das Geschäft mit den Feiertagen

Es gibt Länder, in denen die Feiertage während der Woche auf den Sonntag „verschoben“, also abgeschafft, wurden, wie etwa in den Niederlanden. Vermutlich um den Wirtschaftsfluss nicht zu stören. Verträgt die Wirtschaft nur Arbeit en suite, also in fünf oder gar sechs aufeinander folgenden Tagen? Wird nicht gerade durch Feiertage die Wirtschaft im Lebens- und Genussmittelsektor, im Freizeitsektor, in Tourismus und Gastronomie angekurbelt?

Die Zahlen sprechen dafür, dass

Feiertage zumindest nicht wirtschaftshemmend sind, heißt es doch im Lebensmittelhandelsfachjournal REGAL 9/2016, dass der Gesamthandel heuer um zwei Prozent expandiert. Die großen Handelsmarken können eine „Erfolgsperiode“ abbuchen. Die Handelskonzerne gelten als Investitionsmotoren in Österreich. Das alles trotzdem – oder doch vielleicht WEIL – es in Österreich eine ausgeprägte Feiertagskultur gibt und die Feste dann gefeiert werden, wenn sie fallen, wie es so schön heißt.

Feiertage und Für-Sorge

Neben dem wirtschaftlichen Kontext ist es angebracht, Feiertage auch in einem Für-Sorge-Kontext zu sehen. Stellt doch eine große Mehrheit der Befragten im Rahmen einer Shell-Studie die berufliche Karriere hinter die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben zurück; 90 % sagen, dass Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürften; 75 % befürworten Teilzeitarbeit, wenn sie Kinder haben. Gerade da spielen doch zusätzliche Tage mit ausgiebig vorhandener freier gemeinsamer Zeit eine große Rolle. Sie bieten jenen Elternteilen, die oft auf Grund von sehr langen oder ungünstig gelegenen Arbeitszeiten im Familienleben eine fast unsichtbare Rolle spielen, Gelegenheit, aktiv präsent zu sein: das Beziehungsleben aktiv (mit-)zugestalten, Tätigkeiten zu übernehmen, die sonst den „anderen“ überlassen werden (müssen).

Zeitkonflikte

All diese Argumente für Feiertage und regelmäßige, ja vor allem verlässliche freie Zeiten, wie sie in Österreich für die Mehrheit (noch) am Sonntag zur Verfügung stehen, führen aber zu viel grundlegenden Betrachtungen darüber, wer denn nun tatsächlich über die Zeit bestimmt. Wofür haben wir Zeit? Wofür brauchen wir Zeit? Über welche Lebenszeit können wir selbstbestimmt verfügen?

Ist das Denken in Arbeitszeit und Freizeit/Privatzeit nicht schon längst durch die Digitalisierung überholt?

Wo tun sich denn die Konfliktfelder am stärksten auf? Wohl da, wo es darum geht, Berufstätigkeit mit Fürsorge zu verbinden. Diese Fürsorge sozial gerecht und geschlechtergerecht aufzuteilen ist eine Herausforderung an unsere Arbeitszeitstrukturen. Den Ansprüchen nach eigener fürsorglicher Praxis Ausdruck zu verleihen braucht strukturelle Rahmenbedingungen und damit eine zeitpolitische Diskussion, die auf jeden Fall eine Debatte über Arbeitszeitverkürzung und die Folgen von Tagesarbeitszeiten bis zu zwölf Stunden anreißen muss.

Der Tod fragt nicht, wann er kommen soll

Noch einmal zurück zu den Feiertagen, die ja auch Trauerfeiern mit einschließen. In Schweden und den Niederlanden ist es mittlerweile üblich, Begräbnisse dann anzusetzen, wenn es für die Angehörigen ökonomisch passt, d. h., wenn es ihre berufliche Situation erlaubt. De facto wird der/die Verstorbene oft erst Monate nach Eintritt des Todes begraben, denn die beruflich notwendige Verfügbarkeit ermöglicht oft keine kurzfristigen Urlaubstage, um zu einem Begräbnis zu kommen.

Der Tod kommt zwar, wann er will, aber Beachtung findet er erst, wenn es die ökonomische Situation zulässt. Trauerrituale und trostspendende gemeinschaftliche Anwesenheit für Angehörige zeitnahe am Ableben eines Menschen werden einem Zeitregime untergeordnet, das selbst den Tod in die Schranken weisen möchte.

Gabriele Kienesberger,
ksoe – Katholische Sozialakademie Österreichs, Allianz für den freien Sonntag Österreich

Ziele:

- *Der Schutz des freien Sonntags vor schleichender Aushöhlung durch Wirtschaft und Politik sowie*
- *Arbeit für ein öffentliches Bewusstsein um den gesellschaftlichen Wert gemeinsamer freier Zeiten.*

www.freiersonntag.at

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

R. Neudeck: In uns allen steckt ein Flüchtling. Ein Vermächtnis. C. H. Beck Verlag, München 2016, 169 Seiten. € 14,95

Rupert Neudeck hat sich zeit seines Lebens immer für Mitmenschen eingesetzt. In seinem letzten Buch gibt er einen Rückblick auf sein Leben. Er berichtet von seiner eigenen Flucht als Kind aus Danzig, die ihn tief geprägt hat und ihn verstehen lässt, wie es Flüchtlingen geht. Er gründete Cap Anamur in den späten 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo es darum ging, vietnamesische Bootsflüchtlinge aus dem südchinesischen Meer zu fischen und für sie eine neue Heimat zu finden. Er erzählt von denen, die schon auf der Flucht sind, und von denen, die noch kommen werden. Er verteidigt Deutschlands offene Flüchtlingspolitik und macht Vorschläge, wie die Integration besser gelingen kann. Ein Buch für alle, die nicht wegschauen wollen, wenn andere in Not sind.

Y. Hofstetter: Sie wissen alles. Wie Big Data in unser Leben eindringt und warum wir um unsere Freiheit kämpfen müssen. Bertelsmann Verlag, München 2016, 351 Seiten. € 10,-

Wir (fast) alle benutzen unser Smartphone, das intelligente Armband, das Tablet usw. und denken nicht darüber nach, welche Möglichkeiten unberechtigte Datensammler haben. Erst durch die Aufdeckungen von Edward Snowden (NSA-Affäre) haben wir erfahren müssen, wie wir durch Geheimdienste abgehört werden, wie Informationen über uns an Handel und Industrie weitergegeben werden. Die Sammelwut dieser Organisationen verleiht ihnen eine unheimliche Macht. Immer intelligentere Maschinen sind in der Lage, aus der verfügbaren Datenmenge eine detaillierte Analyse zu erstellen, was wir denken und wünschen – so werden wir immer mehr zu gläsernen Wesen.

Kritisch ist, dass durch diese Verfügungsmacht wenige zu mehr politischer Macht und Reichtum gelangen (Informationskapitalismus). Aber Big Data bietet nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen, und zwar dort, wo es uns gelingt, die Zukunft des Mensch-Maschine-Verhältnisses verantwortlich und positiv zu gestalten. Zu einer solchen Reflexion lädt uns dieses Buch ein.

E. Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Herbert von Halem Verlag 2016, 222 Seiten. € 21,-

Nicht Fakten bestimmen über die Bedeutung der politischen Sprache, sondern Frames, wobei die Autorin unter Frames den kognitiven Deutungsrahmen versteht. Frames entscheiden also über unser Denken, Fühlen und Handeln. Diese Frames werden durch Sprache im Gehirn aktiviert. So leiten sie unser Denken und Handeln an, und zwar ohne dass wir es merken. Die Bedeutung der Sprache in der Politik kann nicht hoch genug angesetzt werden. Dieses Buch will dazu den Grundstein legen. Teil I gibt eine Einführung in die Grundlagen politischen Framings. Teil II wendet sich einigen der gängigsten und augenfälligsten Frames unserer politischen Debatten (Steuern, Sozialstaat, Arbeit, Abtreibung, Islam und Terrorismus, Zuwanderung und Asyl, Umwelt) zu und gewährt erstaunliche Einsichten in unser kollektives und politisches Sprechen und Denken.

U. Herrmann: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können. Westend Verlag, Frankfurt/Main 2016, 287 Seiten. € 18,-

Wer verstehen will, wie Wirtschaft funktioniert, muss die Klassiker (Marx, Smith und Keynes) kennen. Hier finden sich die besten Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Die derzeit vorherrschende Theorie des Neoliberalismus hat uns in eine Sackgasse geführt (siehe Finanzkrise). Die Neoklassik wünscht sich den perfekten Markt herbei, den es aber nicht gibt. Der Kapitalismus lässt sich nicht auf eine reine Tauschwirt-

schaft reduzieren. Der Kapitalismus ist nicht nur komplex, sondern paradox, wie Smith, Marx und Keynes wussten. Er ist ein Prozess, der keinen Stillstand kennt. Kapitalismus ist keine „Marktwirtschaft“, obwohl es Märkte gibt. Der Kapitalismus scheint das Gegenteil von Staat zu sein, kann aber ohne den Staat gar nicht existieren. Als Resümee schreibt die Autorin: Der Kapitalismus ist das einzige dynamische soziale System, das die Menschheit je hervorgerufen hat. Die Ökonomie sollte ihn erforschen, statt ihn aus ihrer Theorie zu verbannen.

K. Schmidt: Eine sonderbare Stille. Warum der Tod ins Leben gehört. Brandstätter Verlag, Wien 2016, 191 Seiten. € 22,50

Anhand von Beispielen schildert die Autorin, warum der Tod wieder in die Gesellschaft zurückgeholt werden muss. Die Verdrängung des Todes wurde lange Zeit in Kauf genommen. Aber in letzter Zeit, hervorgerufen durch die Hospizbewegung, scheint sich eine Änderung anzubahnen. Die Autorin weicht auch schwierigen Fragen am Ende des Lebens nicht aus: Alte Menschen als Last, wie reden über das Sterben, was ist ein würdevoller Tod, das Sterben verlängern, wenn Kinder sterben, Autonomie am Lebensende, Sterbehilfe zulassen? Das Buch will keine Antworten auf diese Fragen geben, sondern versteht sich als Annäherung – und als Anregung, sich auch gegen die eigenen Widerstände zu den essenziellen Fragestellungen des Lebens durchzugraben.

Bitte um Druckkostenbeitrag

Liebe Leserinnen und Leser,
ein herzliches Dankeschön an all jene, die uns bereits nach der Juni-Ausgabe von INTERESSE mit der Einzahlung eines Druckkostenbeitrages unterstützt haben. Sollten Sie erst jetzt die Möglichkeit haben, uns einen freiwilligen Druckkostenbeitrag in Höhe von 7 Euro für das Jahr 2016 zu überweisen, danken wir Ihnen schon im Voraus sehr herzlich dafür.
Ein Zahlschein liegt bei.

